

## Hinweise zur Berücksichtigung von Durchschnittseinkommen -

**vorläufige Bewilligung gemäß § 40 Abs. 2 Nr. 1 SGB II in Verbindung mit § 328 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB III**

Sie und/oder mit Ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebende Personen erzielen aus einer Erwerbstätigkeit **Einkünfte in noch ungeklärter bzw. schwankender Höhe**. Wegen der nicht eindeutigen Einkommensverhältnisse kann über Ihren Anspruch auf Leistungen derzeit nicht abschließend entschieden werden.

Es wurde daher ein vorläufiges Durchschnittseinkommen gebildet, welches im Bewilligungszeitraum auf die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes angerechnet wird.

Bei der **Berechnung des vorläufig zu berücksichtigenden Einkommens** wurde sich am durchschnittlichen Erwerbseinkommen der Vormonate bzw. an Ihrer Erklärung zur Höhe der zu erwartenden Einkünfte orientiert.

Am Ende des Bewilligungszeitraumes und nach Vorlage der Einkommensbescheinigungen (z. B. Gehaltsabrechnung) wird das tatsächliche Durchschnittseinkommen anhand der Nachweise berechnet. Beim Abgleich des tatsächlichen mit dem vorläufigen Durchschnittseinkommen kann sich je nach Höhe der Einnahmen eine Nachzahlung oder eine Erstattung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes ergeben. Soweit das tatsächliche Durchschnittseinkommen um nicht mehr als 20 Euro von dem vorläufigen Durchschnittseinkommen abweicht, brauchen Sie nichts zu erstatten.

### Für Sie hat das Verfahren folgende Vorteile

- Die Einkommensbescheinigungen (z. B. Gehaltsabrechnungen) sind nicht mehr monatlich, sondern gebündelt erst am Ende des Bewilligungszeitraumes (in der Regel mit dem Antrag auf Weiterbewilligung) einzureichen.
- Sie erhalten weniger Bescheide.
- Es sind weniger Vorsprachen im Jobcenter notwendig (bzw. Sie sparen Portokosten), da die Einkommensbescheinigungen nur einmal am Ende des Bewilligungszeitraumes eingereicht werden müssen.
- Sofern das tatsächliche Durchschnittseinkommen das vorläufige Durchschnittseinkommen um nicht mehr als 20 Euro übersteigt, brauchen Sie nichts erstatten.
- Die Summe der Leistungen im Bewilligungszeitraum ist in jedem Fall genauso hoch oder sogar geringfügig höher wie bei einer monatlichen Feststellung Ihrer Ansprüche.
- Sie erhalten trotz schwankendem Einkommen im gesamten Bewilligungszeitraum die gleiche Leistungshöhe, erst am Ende des Bewilligungszeitraumes erfolgt die endgültige Festsetzung.
- Durch die Verwaltungsvereinfachung ist eine schnellere Bearbeitung Ihrer Anliegen möglich.

**Bitte beachten Sie**, dass Sie weiterhin verpflichtet sind, Änderungen in den persönlichen Verhältnissen (insbesondere der Familien- und Vermögensverhältnisse sowie des Umfangs der Erwerbsfähigkeit) unaufgefordert und unverzüglich mitzuteilen.

Ändert sich Ihr Einkommen aus Erwerbstätigkeit auf Grund von Änderungen im Beschäftigungsverhältnis (**Änderung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit oder des Stundenlohns**) oder durch **Sonderzuwendungen des Arbeitgebers** (z. B. Urlaubs- oder Weihnachtsgeld) müssen Sie dies dem Jobcenter unverzüglich mitteilen. Das gilt auch, wenn das Beschäftigungsverhältnis beendet wird.

Änderungen des Einkommens aus Erwerbstätigkeit, die sich **ausschließlich aus der Art der Entlohnung** (z. B. bei Stundenlöhnen oder Lohnzuschlägen) ergeben, müssen Sie dagegen nicht sofort mitteilen. Diese weisen Sie erst bei Einstellung der Geldleistungen oder zusammen mit dem nächsten Weiterbewilligungsantrag durch Lohn- bzw. Gehaltsnachweise nach.

Ihr Jobcenter